

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/35

Bonn, den 18. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Ohne Führungskraft

32

Sachverstand nicht gefragt

Zur wirtschaftspolitischen Debatte im Bundestag

2

Hamburgs Haushalt gibt ein Beispiel

43

Beitrag zu einer konjunkturbewußten Finanzpolitik
Bonner Pläne - in Hamburg verwirklicht

Von Senator Gerhard Brandes, Präses der Finanzbehörde Hamburg

3 - 4

Auslandsschulpolitik am Scheideweg

83

Korrekturen sind notwendig

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

5 - 6

Wo leben die meisten Sowjetdeutschen ?

86

Interessante Aufschlüsse durch eine Leserwerbung

Von Rudolf Hornig

+ + +

Ohne Führungskraft

Sachverstand nicht gefragt Zur wirtschaftspolitischen Debatte im Bundestag

sp - Die schlechteste Figur in der wirtschaftspolitischen Debatte des Bundestages machte Bundeskanzler und künftiger Parteivorsitzender der ODU, Professor Erhard. Auf präzise gestellte Fragen gab er verschwommene und ausweichende Antworten. Sein Mangel an Führungskraft trat hierbei offen zutage. Von diesem Kanzler hat unser Volk in unsicheren Zeiten keine sichere Steuerung zu erwarten. Die schlimmsten Prognosen, ausgestellt von seinen Parteifreunden, wurden durch seinen Beitrag in der vielstündigen Bundestagsdebatte bestätigt. Erhard läßt sich treiben, statt Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Sie gleitet ihm aus den Händen.

Unser Volk ist in großer Sorge. Die goldenen Zeiten der fünfziger Jahre sind vorbei. Ein neues Kapitel hat begonnen. Nun gilt es, das Errungene zu bewahren und Schaden abzuwenden. Das Gutachten der Sachverständigenkommission über einzuleitende Schritte zur Stabilisierung der Konjunktur und der Wiederherstellung der Geldwertstabilität zeugt von hoher Verantwortung. Die Männer, die es verfaßten, stehen über den Parteien, sind keiner Interessentengruppe verpflichtet, sie haben das Wohl des Ganzen im Auge. Aber Sachverstand ist beim Bundeskanzler nicht gefragt. Er legte das Gutachten vom Tisch, bereitete ihm, wie Professor Schiller es ausdrückte, ein Staatsbegräbnis erster Ordnung und befand sich damit im Widerspruch zu erklärten Grundsätzen seiner eigenen Partei. Der Bundeskanzler nahm Zuflucht - eine sehr bequeme Zuflucht - zu löblichen Absichtserklärungen, zeigte sich aber außerstande, den Weg zur Dämpfung der Inflationsgefahr auch nur zu skizzieren. Das liegt außerhalb seines Horizonts, überschreitet sein intellektuelles Vermögen. Mit der modernen Ökonomie steht er auf Kriegsfuß.

Was soll mit der Preissteigerungsrate von 4,2 Prozent, die wir im Januar dieses Jahres erreicht haben, geschehen? Bundeskanzler Erhard hat überhaupt keine Vorstellung, wie sie abgebaut werden kann, er hat alles offen gelassen. Die Folgen mangelnder Führungskraft wird unser Volk noch zu spüren bekommen. Und es wird ein bitteres Erwachen geben.

Hamburgs Haushalt gibt ein Beispiel

Von Senator Gerhard Brandes, Präses der Finanzbehörde Hamburg

Die Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik der CDU am 1. Februar 1966 veröffentlicht hat, enthalten eine ganze Reihe von Forderungen, die im Haushaltswesen künftig erfüllt werden müßten. Leider und gewohnt einseitig wird verschwiegen, daß in dem sozialdemokratisch geführten Land Hamburg der größte Teil dieser Anregungen bereits verwirklicht ist.

Hamburg hat als erstes Land der Bundesrepublik seinen Haushalt ökonomisch durchsichtig gestaltet, so daß er zu einem Instrument moderner Wirtschaftspolitik werden könnte. Schon 1960 wurde der nur noch aus rein formalen Gesichtspunkten zu rechtfertigende außerordentliche Haushalt abgeschafft. Alle Einnahmen und Ausgaben werden seitdem ökonomisch gruppiert und zwischen konsumtiven und vermögenswirksamen Haushaltsansätzen unterschieden. Diese Neugliederung ist von dem gemeinsamen Arbeitskreis Bund und Länder für die Haushaltsreform als richtungsweisend anerkannt worden.

Hamburg hat auch schon seit Jahren die neuerdings von Theorie und Praxis geforderte Mehrjahresplanung vorbereitet und dem Landesparlament erstmals 1965 als Grundlage für seine haushaltspolitischen Entscheidungen vorgelegt. Die Mehrjahresplanung gibt einen Überblick über die Faktoren, die voraussichtlich die fortdauernden Ausgaben beeinflussen werden und bemißt danach den Rahmen für die auf längere Frist aufgelegten Investitionsprogramme. Vor allem zeigt sich daraus, inwieweit künftige Haushalte aus begonnenen Maßnahmen vorbelastet sind. Damit wird dem Politiker ein Instrument in die Hand gegeben, die finanziellen Konsequenzen neuer Maßnahmen jederzeit zu überblicken.

Die längerfristige Haushaltsvorschau zeigt auch, welcher Anleihebedarf in den kommenden Jahren besteht. Der Finanzplan ist damit auch ein Instrument der Konjunkturpolitik. Er zwingt dazu, die staatlichen Investitionen kontinuierlicher zu planen und hilft, den Wirtschaftsverlauf zu stabilisieren. Es ist selbstverständlich und braucht deshalb nicht betont zu werden, daß eine mehrjährige Rahmenplanung von Zeit zu Zeit überholt werden muß.

Die Staatsausgaben können schon wegen der zwangsläufigen fortlaufenden Ausgaben und für begonnene Investitionen nur über einen längeren Zeitraum der Entwicklung des Sozialproduktes angepasst werden. Gleichwohl hat sich das tatsächliche Haushaltsvolumen Hamburgs im Einklang mit dem nominalen Sozialprodukt entwickelt. Im laufenden Jahre erhöht es sich nach Ausschaltung der konjunkturneutralen Positionen wahrscheinlich sogar geringer als das Sozialprodukt. Damit wird erreicht, was der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gefordert hat.

Der Wirtschaftsausschuß der CDU verlangt entgegen dem Sachverständigengutachten, das Volumen der öffentlichen Haushalte um nur vier Prozent zu steigern. Das ist reine Illusion. Starr an der Entwicklung des Sozialproduktes können sich die Steigerungen der öffentlichen Haushalte überhaupt nicht orientieren, weil sie je nach der Art des öffentlichen Haushalts differenziert werden müssen. Wenn Hamburg als Stadtstaat 1965 das Ausgabevolumen nur um 4,6 Prozent steigen ließ, hat es mehr erreicht, als die Theoretiker gerechterweise erhoffen durften. Die CDU in Bonn empfiehlt nun Wege, die Hamburgs Senat schon lange eingeschlagen hat. Vielleicht stünde es besser um unsere öffentlichen Haushalte, wenn die Bonner Regierungspartei früher aufgegriffen hätte, was in Hamburg erfolgreich vorexerziert worden ist.

Auslandsschulpolitik am Scheideweg

Korrekturen sind notwendig

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die weitere Entwicklung des deutschen Auslandsschulwesens ist wohl das komplizierteste Problem, das nach dem Weggang von Dr. Dieter S a t t l e r den künftigen Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes erwartet. Sehr bald wird der jährliche Schuletat die 100 Millionengrenze erreichen. Umfängliche, teure Neubauten in aller Welt mit ihren beträchtlichen Folge- und Betriebskosten stehen an. Es wird Zeit, nüchtern zu prüfen, ob unser Auslandsschulwesen tatsächlich noch uneingeschränkt ein Pfeiler deutscher Kulturpolitik in der Welt ist und ob seine Wirkung den Aufwand rechtfertigt.

Mehr als 3 000 Lehrer im Auslandsdienst,

aber keine zentrale Verwaltungsstelle

Heute wirken an 110 Auslandsschulen über 3 000 Lehrer. Der Mangel an einer zentralen Inspektion macht es schwierig, einen realistischen Überblick über diese Schulen zu gewinnen. Zwar fordert der Haushaltsausschuß des Bundestages seit vier Jahren eine Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, in der Aufsicht und Verwaltung vereinigt sind. Ressortstreitigkeiten in der Bundesregierung haben die Entstehung dieser Zentralstelle bislang verhindert. Lange hatte das Bundesfinanzministerium gefordert, eine solche Zentralstelle müsse zusätzlich auch nichtschulische Institutionen deutscher Kulturpolitik im Ausland mit verwalten. Hier zeigt sich ein Mangel an Sach- und Problemerkennis, der das Mitspracherecht des Finanzministeriums bei Detailfragen unserer auswärtigen Kulturpolitik immer wieder höchst problematisch macht. Gerade bei den Auslandsschulen haben wir jahrelang den Widerstand unseres Finanzministeriums gegen eine vernünftige administrative Lösung mit kostspieligen Fehlengagements bezahlen müssen.

Aufgaben der Auslandsschulen...

Deutsche Schulen im Ausland können aus drei Gründen kulturpolitisch wichtig sein. Erstens, wenn solche Schulen einer politisch oder der Sache nach sinnvollen Erhaltung oder Verbreitung deutscher Sprache und Kultur dienen. Zweitens, wenn solche Schulen wegen ihres pädagogisch und gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Charakters und ihrer Bedeutung in der fachlichen und technischen Vermittlung einer zeitgemäßen Ausbildung eine vom Gastland erwünschte Bereicherung und Ergänzung des eigenen Schulwesens bilden. Drittens, wenn das Gastland solche Schulen als Modelle für das eigene Bildungswesen erbittet, wie das in den letzten Jahren zunehmend als Bildungshilfe an Entwicklungsländer der Fall war.

...können nur teilweise erfüllt werden

Leider erfüllt nur ein Teil unserer Auslandsschulen diese Voraussetzungen. Bei diesen Schulen handelt es sich sowohl in Europa wie in Übersee um sogenannte "Begegnungsschulen", in denen meist eine Minderheit von deutschen Kindern zusammen mit Landeskindern nach zwei Lehrplänen, nämlich dem deutschen und dem des Gastlandes, unterwiesen wird. Eine Reihe dieser Schulen verfolgen ihren Zweck. Entweder, weil sie nicht voll ausgebaut sind oder, weil der deutsche Unterricht nur noch ein Prestigebedürfnis der Eltern erfüllendes Beiwerk ist und die Lehrpläne nahezu vollständig auf weitführende Unterrichtsstätten des Gastlandes zugeschnitten sind. Ebensovienig vertretbar erscheint es, daß eine Anzahl solcher Begegnungsschulen infolge des hohen Schulgoldes bei zu wenig Freiplätzen für begabte Kinder von Unbemittelten reine Standesschulen geblieben und vom gesellschaftspolitischen Standpunkt aus alles andere als eine gute Visitenkarte für uns sind.

Überdies sind in Lateinamerika, das den Schwerpunkt unseres Auslandsschulwesens bildet, eine beträchtliche Zahl deutscher Schulen u n t e r das Niveau guter landeseigener Schulen gesunken und werden nur noch aus Tradition unterhalten. Über diese Tatsachen helfen auch sentimentale und romantische Gefühle nicht hinweg, welche die an der Weiterführung dieser Schulen Interessierten bei Botschaftern und Abgeordneten zu erwecken verstehen, sobald die Zweckmäßigkeit einer weiteren deutschen Beteiligung am Unterhalt in Frage gestellt wird.

Kostenieliger Irrtum

Schließlich haben wir noch Auslandsschulen, die mit auswärtiger Kulturpolitik nichts zu tun haben, dafür aber zu den kostspieligsten ihrer Art gehören. Es handelt sich um jene Schulen, die auf das Drängen im Ausland wohnender deutscher Eltern ausschließlich für deutsche Kinder errichtet und unterhalten werden - z.B. in Paris, Brüssel, Den Haag oder Washington. Da diese Schulen teuer sind und einen wachsenden Teil des Schuletats beanspruchen, gehören sie möglich rasch unter einen eigenen Haushaltstitel; denn sie haben mit der Arbeit der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes ebensowenig zu tun wie mit unseren aus kulturpolitischen Gründen unterhaltenen Auslandsschulen, deren Bilanz sie gegenwärtig verfälschen. Die unverhältnismäßig hohen Aufwendungen für diese Schulen zwingen zu der Überlegung, ob der weitere Ausbau dieses Schulzweigs politisch wünschenswert und gerechtfertigt ist.

Während unsere Regierung mit der rechten Hand alles zu fördern vorgibt, was einem politischen und kulturellen Zusammenwirken Europas dienlich ist - darunter natürlich auch die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Reifezeugnissen, den Austausch von Schülern und Lehrern, eine gegenseitige Abstimmung von Lehrplänen, eine Intensivierung des fremdsprachlichen Unterrichts und nicht zuletzt den Unterhalt der inzwischen sehr bewährten mehrsprachigen Europaschulen - entwertet sie diese Bemühungen mit der Linken durch die Vergrößerung und den Neubau nationaler deutscher Schulen in europäischen Partnerländern. Gewiß, den betroffenen Eltern gefällt das. Für unsere Auslandsschulpolitik mag es sich aber als kostspieliger Irrweg erweisen.

Wo leben die meisten Sowjetdeutschen ?

Interessante Aufschlüsse durch eine Leserwerbung

Von Rudolf Hornig

Die in Moskau vom Verlag der "Prawda" herausgegebene Wochenschrift der sowjetischen Bevölkerung "Neues Leben" hat kürzlich die Ergebnisse des alljährlichen Wettbewerbs der Werbung neuer Leser bekanntgegeben. Die Erfolge der Leser-Werbemaßnahmen von Jahr zu Jahr zu, seitdem die Diffamierung der Deutschen in der Sowjetunion von amtswegen aufgehoben wurde. Diesmal gewann Woldemar Herdt aus Salawat in der autonomen Republik Baschkirien den Wettbewerb. Er hat 380 neue "Neues Leben"-Leser geworben.

1 010 neue Abonnenten in Baschkirien

In der Liste der 21 besten Werber (mit mindestens 100 neuen Lesern) ist die rund drei Millionen Einwohner zählende autonome Republik Baschkirien mit vier Werbern vertreten, die zusammen die Auflage der deutschen Wochenschrift um 1 010 Abonnenten erhöht haben. Vertreten sind neben Salawat das in "Neues Leben" oft genannte Oktjabrski die Hauptstadt Ufa der zwischen Kuma und dem oberen Ural gelegenen und zur RSFSR (Sowjetrussland) gehörenden Republik der Baschkieren sowie die Stadt Ischinbai, deren Name daran erinnert, daß es in der autonomen Republik etwa 25 Prozent Baschkieren gibt. Allzuweit von der ehemaligen Wolgadeutschen Republik ist dieses Baschkirien nicht entfernt. Es gab jedoch deutsche Siedler dort schon vor der Vertreibung der Wolgadeutschen durch Stalin im letzten Weltkrieg. Ihre Zahl dürfte heute sehr hoch sein und ihr Interesse an ihrer Muttersprache weiterhin groß, wenn unter ihnen von vier Werbern 1 010 neue "Neues Leben"-Leser gewonnen werden konnten.

In Kasachstan waren sieben Werber erfolgreich

Das läßt sich auch daraus schließen, daß in der im Vergleich zu Baschkirien riesengroßen Sowjetrepublik Kasachstan in Südwestsibirien von sieben preisgekrönten Werbern (der erste Preis ist eine Reise nach Moskau) nur etwas mehr, nämlich 1 374 neue Leser, verschafft werden konnten. Allerdings dürfte in Kasachstan das Erscheinen der ersten sowjetdeutschen Tageszeitung "Freundschaft" seit Anfang Januar in Zelinograd werbehemmend gewesen sein. Immerhin stammt der zweite Freisträger R. Wagner (mit 291 neuen Lesern) aus Zelinograd, der Hauptstadt des russisch "Zelini" genannten Neulandes, bei dessen Aufbau die Sowjetdeutschen eine schon wiederholt offiziell gerühmte Rolle spielen. Im Gebiet von Zelinograd, in Makinsk, hat sich ein weiterer Werber namens A. Korbmacher hervorgetan, während das Kohlen- und Industriegebiet von Karaganda mit drei Werbern vertreten ist. In Karaganda ist der Deutschunterricht in den Schulen sehr gefragt und von einigen Tausend sowjetdeutschen Schulkindern wahrgenommen. Weitere deutsche Zentren in Kasachstan sind die Gebiete von Kustanai (an der Nordgrenze) und Leninogorsk (in Ostkasachstan), die gleichfalls auf der Werbeliste genannt werden.

Weit verstreut im russischen Land

Es ist bemerkenswert, daß von den 21 genannten besten Werbern (wenn wir die sieben Werber aus Kasachstan abrechnen) zwölf aus der RSFSR (Sowjetrußland) stammen und die restlichen zwei aus der Ukraine. Nach Baschkirien (mit vier erfolgreichen Werbern) rangiert das Altai-Gebiet mit drei Freisträgern. Dieses Grenzgebiet gegen China mit seinem Hochgebirgscharakter dürfte die entlegenste Gegend in der Sowjetunion sein, in die Sowjetdeutsche während und nach dem zweiten Weltkrieg verschlagen wurden. 353 neue Leser wurden dort für das "Neue Leben" geworben und die Orte haben so ungewöhnliche Namen wie Rubzowsk, Grischkowka und Ust-Kamenogorsk. Für einen Bewohner der Sowjetunion ist allordings der Ortsnamen Ust-Kamenogorsk nicht ungewöhnlich, denn derartige Steinburgen oder Siedlungen an einer Mündung (ust) gibt es dort mehr als bei uns Orte mit "Münde". Die Namen der Werber im Altaigebiet klingen dagegen vertraut, sie heißen Knaub, Giesbrecht und Bruch. An der Wolga, im Gebiet des wegen seines gigantischen E-Werks auch im Westen bekannten Kuibyschew, und zwar in Sysran, hat E. Benner 135 neue Leser geworben, in Stawropol im nördlichen Kaukasien brachte es B. Morgun auf 116. In Uslowaja im Gebiet von Tula (südlich von Moskau) war Th. Dishur mit 100 neuen Lesern erfolgreich.

Die weiteren Werber auf der Liste zeigen, wie weit die Sowjetdeutschen - außerhalb der über den Ural südostwärts nach Kasachstan und bis zum Altai führenden Haupttrichtung bei der Vertreibung der Wolgadeutschen und anderer im europäischen Rußland sesshaften Deutschen - in den letzten Jahrzehnten in der Unendlichkeit der Sowjetunion verschlagen wurden. Da steht der Name Workuta, jenes Ortes und Gebietes am Ende des Urals im nördlichsten Rußland, das während der Stalinpoche Hauptdeportationsgebiet war und für viele deutsche Kriegsgefangene die Endstation ihrer Leidenszeit. Dort, in Workuta, hat J. Ediger 100 neue Leser herangeholt. Der weitere Ort eines erfolgreichen Werbers ist tausende Kilometer von Moskau entfernt - Angarsk im Gebiet von Irkutsk in Ostsibirien nördlich des Bajkalsees. Dort, wo die neuen E-Werke an der Angara das Rückgrat des neuen ost-sibirischen Industriegebietes bilden werden, haben 105 Sowjetdeutsche dem Werber V. Bretz ja gesagt, als er ihnen ein Jahresabonnement von "Neues Leben" antrug. Sie werden die am Mittwoch in Moskau erscheinende Zeitung per Flugpost sehr schnell erhalten.

Noch Deutsche in der Ukraine

Die beiden letzten Werber, die noch zu verzeichnen sind, zeigen uns, daß auch jetzt noch im Gebiet von Odessa (in Kotowsk) und in Ingulez (gleichfalls Ukraine) Sowjetdeutsche leben. In Kotowsk brachte es R. Reich (ein ständiger Korrespondent der Wochenschrift) sogar auf 177 neue Abonnenten (er ist der siebte auf der Werbeliste), in Ingulez schaffte N. Brodowaja (die einzige Frau unter den Genannten und Prämierten) immerhin 113 neue Leser. Offenbar hat "Neues Leben" sie als Brodowaja (und nicht Brod) angeführt, um verständlich zu machen, daß es sich um eine Frau handelt.